express
Zeitung für sozialistische
Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit

Generalstreiks im Zeichen der Gaza-Solidarität

Italiens Gewerkschaften in gespaltener Eintracht – von Heiner Dribbusch*

In: ***express*** *12/2025*

Am 31. August 2025 verabschiedeten in Genua rund 40.000 Menschen, darunter die neue Bürgermeisterin Silvia Salis, die dort ablegenden Boote der »Gaza-Sumud-Flotilla«. Die Kundgebung reihte sich ein in eine Kette von Gaza-Solidaritäts-Demonstrationen in Italien, die 2025 mit der Verschärfung der humanitären Katastrophe im Gaza-Streifen nochmals an Dynamik zulegten. Riccardo Rudino, Aktivist des Genueser Hafenarbeiterkollektivs »Collettivo Autonomo di Lavoratori Portuali« (CALP), dessen Sprecher José Nivoi an der Gaza-Flottille teilnahm, versprach unter großem Beifall: »Wenn wir auch nur zwanzig Minuten lang den Kontakt zu unseren Booten, zu unseren Kameradinnen und Kameraden verlieren, blockieren wir ganz Europa. […] Zusammen mit unserer Gewerkschaft USB, zusammen mit allen Hafenarbeitern, die uns unterstützen, zusammen mit der ganzen Stadt Genua. Diese Region verlassen jährlich dreizehn- bis vierzehntausend Container Richtung Israel. Es wird kein Nagel mehr verschickt werden. Wir werden einen internationalen Streik ausrufen.« Die Rede des 61-jährigen Hafenarbeiters ging viral. Allein auf der Website der linksliberalen Tageszeitung *Repubblica* hatte sie mehr als 360.000 Aufrufe.

Die Ankündigung, im Zweifelsfall die Häfen zu blockieren, war kein leeres Wort. Bereits 2019 war in Genua ein Schiff blockiert worden, das Militärgüter nach Saudi-Arabien transportieren sollte. Damals war neben dem CALP, das zur »Basisgewerkschaft« USB (Unione Sindacale di Base) gehört, auch die ebenfalls im Hafen präsente und zum größten Gewerkschaftsdachverband CGIL gehörende FILT (Federazione Italiana Lavoratori Trasporti) an der Blockade beteiligt – zur italienischen Gewerkschaftslandschaft (siehe den Kasten unten). Später trennten sich die Wege, als die CGIL die Blockade eines Schiffes mit Waffen für die Türkei nicht mittragen wollte (siehe Jikhareva 2021). Der Konflikt zwischen USB und CGIL ist grundsätzlicher Art, gründet in Differenzen bezüglich Politik und Gewerkschaftsarbeit und betrifft nicht zuletzt auch die Tarifpolitik.

22. September – erster Generalstreik für Gaza

Am 11. September kündigten die Basisgewerkschaften USB sowie CUB, ADL und SGB in zwei getrennten Aufrufen für den 22. desselben Monats einen landesweiten Generalstreik (sciopero generale) an.[1] Anlass war, wie es in beiden Aufrufen hieß, der »Genozid in Gaza«. Die Ansage lautete: Blocchiamo Tutto! Die USB behauptete in ihrem Aufruf: »Es ist offensichtlich, dass die Menschheit noch nie mit einer so schrecklichen Tatsache wie dem Völkermord in Gaza konfrontiert war.« Der Aufruf von CUB, ADL und SGB verzichtete auf diesen, die Shoah relativierenden Superlativ, forderte den Abbruch aller diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Israel und plädierte unter anderem für einen Frieden »im russisch-ukrainischen Konflikt«. Konsens aller Aufrufe waren die Ablehnung der Umschichtung von Haushaltsmitteln zu Gunsten der Aufrüstung sowie eine Reihe sozialer Forderungen. Die

[1] »Generalstreiks« sind in Italien relativ häufig und meinen erstmal nur, dass zu einem betriebs- und branchenübergreifenden Streik aufgerufen wird, jedoch nicht, dass sich alle Dachverbände beteiligen.

Basisgewerkschaft »S.I. Cobas« unterzeichnete diesen Aufruf wegen taktischer Differenzen nicht, rief ihre Mitglieder aber auf, sich zu beteiligen.

Anstatt ebenfalls für den 22. September zu mobilisieren, hielt es die CGIL-Führung offenbar für taktisch klüger, kurzfristig bereits zwei Tage früher für den 19. September zu einem vierstündigen Generalstreik »Für Gaza« aufzurufen. Dieser Streik machte wenig Welle, führte aber, wie die linke Zeitung *Il Manifesto* am 25. September berichtete, CGIL-intern zu heftiger Unruhe. Bei der Gewerkschaft gingen, so die Zeitung, tausende von Emails, Nachrichten und Anrufen ein, in denen Mitglieder Kritik und Unverständnis äußerten. Der Termin sei zu kurzfristig gewesen, um sich vernünftig vorzubereiten und es sei offensichtlich allein darum gegangen, sagen zu können: »Wir sind die Ersten«. Letztlich habe sich die Gewerkschaft durch ihren Alleingang ins Abseits manövriert. Offenbar, so die interne Kritik von links, habe die Gewerkschaftsführung die durch die Gaza-Flottille ausgelöste Dynamik in ihrer Tragweite völlig unterschätzt. »Die Basisgewerkschaften führten mit Klarheit und Mut, während die CGIL, von ihrer Basis mitgerissen, nur zaghaft folgte«, schrieb etwas euphorisch Federico Tomasone für die Rosa-Luxemburg-Stiftung (2025).

Am 22. September waren dann, je nach Quelle, zwischen mehreren hunderttausend und einer Million Menschen auf der Straße. Die USB sprach gar von »Millionen Arbeiterinnen und Arbeitern«, die im ganzen Land gestreikt hätten. Einigkeit bestand darin, dass die Beteiligung beeindruckend war und, so *Il Manifesto*, selbst die Aufrufenden überraschte. Mehrere Soziale Zentren (Centri Sociali) und viele weitere Organisationen beteiligten sich mit eigenen Blockaden und Aktionen. Auffallend war die große Beteiligung junger Menschen, darunter Schüler:innen und Student:innen.

Dass Ministerpräsidentin Giorgia Meloni und ihr Stellvertreter Matteo Salvini versuchten, den Aktionstag zu diskreditieren – geschenkt.

3. Oktober – zweite Streik- und Aktionswelle

Nachdem die israelische Marine am 1. Oktober die Gaza-Flottille erwartungsgemäß vor dem Erreichen ihres Ziels festsetzte, riefen die Organisator:innen des 22. September für Freitag, den 3. Oktober, zu einem weiteren Generalstreik auf. Diesmal war auch die S.I. Cobas mit einem eigenen Aufruf dabei: »Der Beginn der militärischen Bodenoperationen in Gaza-Stadt zeigt den klaren Willen, die ›Endlösung‹ der Palästinenserfrage voranzutreiben.« Die Gewerkschaft forderte deshalb »das sofortige Ende des zionistischen Völkermords in Gaza und im Westjordanland [!], die Einstellung aller Waffen- und Warenlieferungen sowie jeglicher Zusammenarbeit und Partnerschaft mit dem Staat ›Israel‹ in den Bereichen Handel, Kultur, Wissenschaft und Technologie.«

Für den 3. Oktober rief diesmal auch die CGIL auf, die sich nicht noch einmal isolieren wollte. Die Dachverbände CISL und UIL blieben den Protesten dagegen fern.

Sowohl die breite Empörung über Israels Vorgehen wie auch die Mobilisierung der CGIL trugen dazu bei, dass die Beteiligung vom 22. September deutlich übertroffen wurde. Die Gewerkschaften schätzten, dass am 3. Oktober mehr als zwei Millionen Menschen auf der Straße waren, erneut gab es in vielen Städten Blockaden und Protestaktionen. Einen Tag später demonstrierten am Samstag laut CGIL nochmals eine Million Menschen in Rom.[2] Die Schwerpunkte des Streiks lagen im Dienstleistungsbereich, in dem in Italien gut 70 Prozent aller Beschäftigten arbeiten, insbesondere im Verkehrsbereich, an den Schulen und im Gesundheitswesen.

Danach war wieder Schluss mit der Einheit. Die Basisgewerkschaften riefen für den 28. und 29. November erneut zum Generalstreik samt Großdemonstrationen auf. Im Zentrum des Aufrufs der USB stand diesmal die Kritik am geplanten Haushalt der Regierung, insbesondere an den steigenden Rüstungsausgaben. Die CGIL rief hingegen für den 12. Dezember zum Generalstreik auf, ebenso gegen die Haushaltspolitik der Regierung Meloni. CISL und UIL beschränkten sich derweil auf Kundgebungen – zu jeweils wieder anderen Terminen.

[2] Bei großen Mobilisierungen folgt in Italien häufig auf den eigentlichen Streiktag eine Großdemonstration oder Kundgebung am darauffolgenden Samstag in der Hauptstadt.

28. November und 12. Dezember – getrennte Generalstreiks

Zur landesweiten Streikbeteiligung am 28. November liegen keine belastbaren Zahlen vor. Die Auswirkungen des Generalstreiks blieben aber offenbar begrenzt. »Die Tage, als Italien stillstand« (Tomasone 2025) waren erst einmal wieder vorbei.

Dem Streiktag schloss sich mit eigenen Forderungen die »Federazione Nazionale Stampa Italiana« (FNSI) an, die Gewerkschaft der Pressejournalist:innen, deren Verhandlungen mit den Verlegern über einen neuen Tarifvertrag seit zehn Jahren auf der Stelle treten. Der breit befolgte Aufruf brachte es mit sich, dass die Onlinedienste großer Tageszeitungen am Streiktag ohne Updates blieben.

In 40 Städten hatte die USB zu Demonstrationen aufgerufen, darunter auch in Genua. Die größte Aufmerksamkeit erhielt auf der dortigen Demonstration die Teilnahme von Greta Thunberg, Yanis Varoufakis und Francesca Albanese, der UN-Sonderberichterstatterin für die besetzten palästinensischen Gebiete. Die beiden prominenten Frauen begleiteten tags darauf auch die zentrale Demonstration in Rom, an der schätzungsweise 20.000 Menschen teilnahmen, und damit deutlich weniger als noch knapp zwei Monate zuvor. Neben ihnen lief der Mitorganisator der Gaza-Flottille Thiago Ávila, der im Februar 2025 an der Trauerfeier für den Hisbollah-Führer Hassan Nasrallah teilgenommen hatte. So drehte sich auch diese Demonstration, trotz Rufen nach einem Rücktritt Melonis, wieder um Palästina.

Die Beteiligung am von der CGIL für den 12. Dezember ausgerufenen Generalstreik gegen die Haushaltspolitik der Regierung Meloni gab die Gewerkschaft selbst mit 500.000 Menschen an. Das waren immer noch viele, aber doch sehr viel weniger als am gemeinsam mit den Basisgewerkschaften veranstalteten Streiktag vom 3. Oktober. Ob die schwächere Beteiligung auch damit zusammenhing, dass Gaza diesmal nicht im Mittelpunkt stand, lässt sich schwer beurteilen.

Warum so breite Proteste?

Dass so viele Menschen für Gaza auf die Straße gehen, ist für deutsche Verhältnisse ungewöhnlich genug. Dass Gewerkschaften dafür zu Großdemonstrationen aufrufen, ist hierzulande undenkbar. Dass anders als in Deutschland politische Streiks in Italien rechtlich zulässig sind, erklärt allein noch nicht die Breite der gesellschaftlichen Unterstützung für Gaza, die sich auch bei den nicht an den Streiks beteiligten Dachverbänden CISL und UIL findet.

Ein Grund könnte darin liegen, dass das historische Selbstbild im Italien der Nachkriegszeit durch die Erinnerung an den Widerstand der Partisanenbewegung geprägt wurde. Dass es auch im Mussolini-Regime eine Verfolgung von Jüdinnen und Juden gab, wenngleich in völlig anderer Dimension als in Deutschland, blieb lange Zeit unterbelichtet. Erst 1998 wurde eine Kommission eingesetzt, um die italienischen Rassengesetze von 1938 und deren Auswirkungen zu untersuchen. Dass wesentlich mehr Verfolgte in den Jahren des Faschismus auch Unterstützung und Schutz in der Bevölkerung fanden, begünstigt die positive Bezugnahme auf die Zeit des Widerstands, der auch eine katholische Dimension hatte. Durch diesen anderen historischen Hintergrund hat auch das Thema Antisemitismus im politischen Alltag eine andere Dimension als in Deutschland. Die Haltung der lange durch die dominierende KP geprägten italienischen Linken zu Israel war nach der Staatsgründung zuerst positiv und begann sich erst nach dem Sechs-Tage-Krieg 1967 ins Negative zu drehen. Der Aufstieg des Likud verschärfte die negative Sicht auf Regierung und Staat Israel.

Hinzu kam, dass die christdemokratischen Regierungen der Nachkriegszeit über Jahrzehnte eine Politik verfolgten, die die Nähe zu den arabischen Staaten und zur PLO suchte. Der Wandel in Richtung einer Annäherung an israelische Regierungen erfolgte erst ab Mitte der 1990er Jahre in der Ära Berlusconi. An ihr hatte die neofaschistische »Alleanza Nazionale«, aus der später Melonis »Fratelli d'Italia« hervorgingen, ihren Anteil – konkret war es eine Annäherung an den Likud. Dass sich heute ausgerechnet eine rechtsextreme Ministerpräsidentin wie Meloni, die noch 2018 die Hisbollah als Verbündete im Kampf gegen den IS verklärte (siehe Tiratelli 2025), demonstrativ auf die Seite von Netanjahu stellt, verfestigt in der Linken die Distanz zu Israel. Ein (kleine) Minderheit in der Linken stellt dabei rückwirkend auch die Legitimation der israelischen Staatsgründung in Frage. Doch wäre die politisch mehrfach ge-

spaltene Linke in Italien alleine wohl nicht in der Lage gewesen, in der gesehenen Breite zu mobilisieren. Die Bilder aus dem Gaza-Streifen erschütterten viele Menschen weit über die Linke hinaus. Tomasone (2025) sieht die Ablehnung des Krieges zudem in einer »katholisch-humanistischen Sensibilität der Menschen« in Italien verankert.

Während in Deutschland die Gaza-Flottille entweder als Thunberg-Show abgetan oder ignoriert wurde, wurde in Italien auch in den in ihrer Mehrheit israelfreundlichen Medien breit und nicht selten mit Anteilnahme über sie berichtet. Politiker:innen des sozialdemokratischen »Partito Democratico« (PD), der italienischen Grünen und des »Movimento 5 Stelle« waren ebenso an Bord wie Journalist:innen. Die linksliberale *Repubblica* druckte täglich ein Tagebuch ihrer Reporterin. Und anders als in Deutschland unterstützte auch »Fridays for Future« in Italien die Gaza-Proteste und beteiligte sich beispielsweise an den Streiks vom 22. September.

So viel die Geschichte erklären kann – es bleiben offene Fragen: Warum weckt der israelisch-palästinensische Konflikt ein derart nachhaltiges, auch emotionales Engagement? Was wird auf »Palästina« projiziert, wenn etwa CALP-Sprecher José Nivoi meint, dass die Palästinenser:innen »uns lehren, was Widerstand bedeutet«?

Und schließlich: Wie fügt sich die italienische Palästina-Solidarität in eine politische Landschaft ein, in der die Linke gesellschaftlich stark an Rückhalt eingebüßt hat, während Rechtsextreme und Rechte unter Arbeiter:innen 2022 mehr als 50 Prozent der Stimmen erzielten?

Ein abschließender Kommentar

So beindruckend die großen Streiks und Demonstrationen sind, so verstörend sind die teilweise vertretenen Positionen. Während die Etikettierung der israelischen Kriegsführung als Genozid, die quasi von allen Gewerkschaftsverbänden geteilt wird, angesichts der Verheerungen in Gaza zumindest diskutabel ist, gilt dies für die Verlautbarungen von S.I. Cobas und USB nicht mehr.

Die CGIL verurteilte nach dem 7. Oktober »die abscheuliche und brutale Aggression der Hamas gegen die israelische Zivilbevölkerung […], die jedes elementare Gefühl für Menschlichkeit und Zivilisation missachtet und durch die barbarische Praxis der Geiselnahme noch verschlimmert wird.«

Die USB hingegen sah im 7. Oktober eine gegen das israelische Militär und Verwaltungseinrichtungen gerichtete »palästinensische Offensive« als »Reaktion auf die Schändung der Al-Aqsa-Moschee durch israelische Siedler und die seit 1948 andauernde Besetzung palästinensischer Gebiete«. Die Basisgewerkschaft unterstellte Israel eine »regelrechte Ausrottung und ethnische Verdrängung des palästinensischen Volkes.« Kein Wort zu israelischen Opfern und Geiseln, dafür: »An der Seite des palästinensischen Volkes bis zum Sieg.«

Es macht es nicht besser, dass die wegen ihrer Organisierung von Migrant:innen auch bei deutschen Syndikalist:innen geschätzte S.I. Cobas mit dem Gerede von der »Endlösung« noch eins draufsetzte. Während Federico Tomasone (2025) von der RLS in Brüssel hierzu schweigt, benennt Jens Renner (2025) in der schweizerischen *WOZ* die kritischen Punkte. Diese sind aber keine »Dummheiten«, wie er urteilt, sondern offenbar gefestigte Überzeugungen. Bereits 2023 empfahl die S.I. Cobas auf ihrer Website einen amerikanischen Blogbeitrag mit dem Titel »La Soluzione Finale di Israele per i Palestinesi« (~ »Israels Endlösung für die Palästinenser«), in dem auch von »zionistischen Nazi-Faschisten« die Rede ist.

Mit solchen Leuten möchte man eigentlich nichts zu tun haben. UBS wie S.I. Cobas sind aber im Logistikbereich nicht ohne Bedeutung, sodass es in der internationalen Arbeit von Fall zu Fall gemeinsame Anliegen geben kann. Dann sollte zumindest klar sein, auf wen man trifft.

** Heiner Dribbusch ist Autor des 2023 erschienenen Buchs »STREIK. Arbeitskämpfe und Streikende in Deutschland seit 2000 – Daten, Ereignisse, Analysen«, das nach wie vor als Prämie für ein neues express-Abo erhältlich ist.*

Literatur:

Anna Jikhareva: Erst Focaccia, dann Klassenkampf, WOZ, 25. November 2021.

Jens Renner: Palästina bringt die Opposition in Schwung, WOZ, 9. Oktober 2025.

Matteo Tiratelli: Die italienische Rechte und Israel. Eine Komplizenschaft mit Geschichte, Sozialistische Zeitung, 6. November 2025.

Federico Tomasone: Die Tage, als Italien stillstand, www.rosalux.de, 1. Dezember 2025.

Gewerkschaften in Italien

Die Gewerkschaftslandschaft in Italien ist mit mehreren hundert Organisationen stark zerklüftet. Die bedeutendsten Dachverbände sind:

- Die historisch der Kommunistischen Partei nahe »Confederazione Generale Italiana del Lavoro« (CGIL) ist der größte Dachverband mit rund 5,2 Millionen Mitgliedern im Jahr 2024, davon fast die Hälfte in Rente.
- Die historisch christdemokratische »Confederazione Italiana Sindacati Lavoratori« (CISL) mit rund 4,2 Millionen Mitgliedern 2024, davon knapp 40 Prozent in Rente.
- Die historisch sozialdemokratische »Unione Italiana del Lavoro« (UIL) mit rund 2,1 Millionen Mitgliedern 2024, davon etwa 28 Prozent in Rente.

»Basisgewerkschaften«

Die ab Mitte der 1980er Jahre entstandenen, sogenannten Basiskomitees (»Comitati di base«, kurz: »Cobas«) bilden nach zahlreichen Spaltungen und Neugründungen einen kaum überschaubaren Kosmos. Bei den jüngsten Streiks sind unter anderem in Erscheinung getreten:

- die Unione Sindacale di Base (USB),
- die Confederazione Unitaria di Base (CUB),
- der Sindacato Generale di Base (SGB),
- die Associazione per i Diritti dei Lavoratori / trici – Cobas (ADL),
- der Sindacato Intercategoriale Cobas (S.I. Cobas).

Belastbare Mitgliederzahlen gibt es nicht. In italienischen Medien werden für die CUB 500.000 und für die USB 600.000 Mitglieder genannt.

express im *Netz und Bezug* unter: www.express-afp.info
Email: express-afp@online.de

express / AFP e.V., Niddastraβe 64, VH, 4. OG, 60329 Frankfurt a.M.

Bankverbindung für Spenden und Zahlungen:
AFP, Sparda-Bank Hessen eG, IBAN: DE28 5009 0500 0003 9500 37, BIC: GENODEF1S12